

Von der Pandemie zum Wohlstand für alle!

6 Schritte, die uns helfen die soziale Krise und Klimanotstand zu beenden, tausende gute Arbeitsplätze zu schaffen und eine Wirtschaft zu ermöglichen, die für alle sorgt

Die COVID19-Pandemie hat die vielen Krisen verschärft, die schon vorher da waren: Die bereits hohe Arbeitslosigkeit ist massiv angestiegen, die Schere zwischen Arm und Reich geht noch weiter auseinander, der Klimanotstand besteht fort und das Vertrauen in die Demokratie als beste Staatsform sinkt weiter. Laut dem Demokratiemonitor haben vor allem Menschen im wirtschaftlich schwächsten Drittel unserer Gesellschaft immer weniger Vertrauen in das politische System in Österreich. Nach dem Ende der Pandemie bietet sich die Jahrhundert-Gelegenheit für einen grundlegenden Umbau unserer Wirtschaftsweise und für zukunftsweisende Lösungen, mit denen wir all diese Krisen gleichzeitig bewältigen.

Jetzt braucht es Maßnahmen, die Vollbeschäftigung ermöglichen, umfassende soziale Sicherungssysteme und öffentliche Leistungen ausreichend finanzieren und den Klimaschutz ins Zentrum stellen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze muss Hand in Hand mit der Sicherung unserer Lebensgrundlagen und dem Schutz der Umwelt gehen. Der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein aktiver Sozialstaat sind eine zentrale Antwort der Krisenbewältigung ebenso wie ein starkes Arbeitsrecht, flächendeckende Kollektivverträge und gute Löhne, um schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung zu verhindern.

Es bedarf einer gewaltigen und gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung.

Wir brauchen ein Zukunftspaket, das

- zehntausende Arbeitsplätze schafft,
- alle Menschen vor Armut schützt,
- bisherige und durch die Lockdowns noch höhere Doppel- und Überbelastungen v.a. von Frauen beendet,
- die Arbeitsbedingungen in allen Branchen verbessert und
- den Umbau zu einer nachhaltigen, klimafreundlichen und sozial gerechten Wirtschaftsweise gestaltet.

Der Weg hin zu einer Wirtschaft, die für alle sorgt und Wohlstand für alle ermöglicht sowie zu einem Staat der im Interesse der Vielen organisiert ist, erfordert auch die Beteiligung und Einbindung der Vielen und neue Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das notwendige Zukunftspaket muss gemeinsam mit den Menschen, ihren Interessensvertretungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet und umgesetzt werden. Nur so können unsere demokratischen Institutionen weiterentwickelt und das Vertrauen in das politische System wieder aufgebaut werden. Nur so bleibt die Demokratie in Österreich lebendig.

6 Schritte, die es jetzt braucht:

1

DIE KRISE GERECHT BEWÄLTIGEN – NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN!

Viele Menschen haben durch die Pandemie ihren Job verloren oder bezahlte Arbeit aufgrund von Betreuungsaufgaben reduzieren müssen, viele können ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben. Für viele sind die staatlichen Unterstützungen zu wenig, um gut durch die Krise zu kommen. Es braucht daher dringend eine **armutsfeste Grundsicherung** für ein Leben in Würde. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung müssen entsprechend erhöht, Schikanen oder unzumutbare Auflagen beendet werden. Ebenso braucht es Maßnahmen wie einen bundesweiten Sofort-Hilfsfonds für

Menschen, die aufgrund von Einkommensverlusten durch die Pandemie ihre Fixkosten wie beispielsweise Mieten gegenwärtig nicht decken können. Massendelogierungen müssen verhindert werden. Die Krise gerecht bewältigen heißt auch, dass es gerechte Beiträge der Reichsten braucht. All die notwendigen Maßnahmen sollen nicht nur über die aktuell bestehenden Massensteuern und neue Schulden, sondern auch durch einen einmaligen Corona-Lastenausgleich – einem Beitrag der Reichsten – und generelle (höhere) Steuern auf Überreichtum finanziert werden.

2

ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSSYSTEM AUSBAUEN – ARBEITSBEDINGUNGEN IN GESUNDHEITSBERUFEN VERBESSERN!

All jene Menschen, die im Gesundheits- und Pflegesystem oder zu Hause arbeiten – großteils Frauen – haben uns bis jetzt unermüdlich und während Corona unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit versorgt und gepflegt. Die Pandemie hat uns gezeigt: Ein öffentliches Gesundheitssystem ist wichtig und ausreichend Bettenkapazitäten sind überlebensnotwendig. Profitorientierung oder ein Kostenwettbewerb im Gesundheits- und Pflegebereich können tödlich sein. Es braucht Gemeinwohlorientierung statt Profite auf Kosten unserer Gesundheit. Die Pandemie hat auch die schwierigen Arbeitsbedingungen, die zu geringen Einkommen, die zu langen Arbeitszeiten vieler in Gesundheits- und Pflegeberufen und den Mangel an Fachkräften sichtbar gemacht. Jetzt ist der Moment das zu ändern. Es braucht ein umfassendes **Gesundheits- und Pflegepaket** mit dem zehntausende neue Pflegefachkräfte ausgebildet und alle im Gesundheitssektor

beschäftigten Menschen bessere Arbeitsbedingungen, Planungssicherheit und Entlastung durch mehr Personal und kürzere Arbeitszeiten vorfinden. Aus- und Weiterbildungs- und Coachingangebote, Deeskalations- bzw. Gewaltprävention für alle Pflegekräfte, die in körperlich und seelisch belastenden Berufen tätig sind, müssen Teil des Gesundheits- und Pflegepakets sein. Es braucht zudem mehr kostenlose bzw. leistbare Angebote für psychosoziale Gesundheitsdienstleistungen und andere Therapien. Der Bedarf dafür war schon bisher hoch und ist durch die Pandemie noch weiter gestiegen. Um diese Nachfrage abzudecken, braucht es mehr öffentlich finanzierte ambulante Therapieplätzen in Krankenhäusern und eine adäquate Refundierung von Therapien durch die Krankenkassen. So können auch langfristige gesellschaftliche Kosten vermieden werden.

3

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE AUF LOKALER EBENE AUSBAUEN – ARBEITSPLÄTZE IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR SCHAFFEN!

Gemeinden und die öffentlichen kommunalen Betriebe stellen tagtäglich sicher, dass wir mit hochqualitativen und für alle leistbaren Gütern und Dienstleistungen wie Wasser & Energie, Müllentsorgung, Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, Kinderbildungseinrichtungen und Schulen, Schwimmbädern, Parks und Spielplätzen, Kultursälen und vielem mehr versorgt sind. Sinkende Gemeinde-Einnahmen aufgrund der Pandemie, und der generell zu geringe finanzielle Ausgleich durch den Bund und die Länder bringen immer mehr Gemeinden in Bedrängnis. Die umfassende, hoch qualitative Bereitstellung all dieser lebensnotwendigen Dienstleistungen, die damit verbundenen Arbeitsplätze und somit eine hohe Lebensqualität und Versorgungssicherheit für jeden von uns stehen auf dem Spiel. Deshalb braucht es ein **Gemeinde- bzw.**

Daseinsvorsorgepaket in mehrfacher Milliardenhöhe seitens des Bundes, um bestehende öffentliche Infrastrukturen abzusichern, auszubauen sowie privatisierte Infrastrukturen wieder in die Hände der Gemeinden zurückzuführen. Wir brauchen mehr Fachkräfte für eine hochwertige Elementarbildung (kleinere Gruppen, Ausweitung der Betreuungszeiten), bessere ausgestattete Schulen für alle Schultypen (kleinere Klassen, fixe psychosoziale Betreuung an Schulen, digitale Ausstattung etc.) und vieles mehr. Auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge braucht es ausreichend Personal, bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten für alle Beschäftigten und mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung durch die Beschäftigten und Nutzer*innen.

4

KLIMAFREUNDLICHE, ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUREN AUSBAUEN, UNTERNEHMEN UMBAUEN – ZUKUNFTSFÄHIGE JOBS SCHAFFEN!

Der Ausbau öffentlicher Mobilität auch im ländlichen Raum, die Förderung der Umstellung der Logistikkette auf Schienengüterverkehr, die thermische Sanierung von Gebäuden und der Ausbau naturverträglicher erneuerbarer Energien schaffen tausende neue Arbeitsplätze. Um das Ziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen, müssen wir rasch in eine saubere Energiezukunft kommen. Dafür braucht es einen rechtlich verbindlichen Ausstiegspfad aus Öl, Gas und Kohle, der Versorgungssicherheit garantiert. Die Erreichung der Ziele muss sicherstellen, dass es in Zukunft keine Zweiklassengesellschaft bei der Energieversorgung gibt. Finanziell schwache Haushalte dürfen nicht die Rechnung für die

Energiewende zahlen, während finanziell gut ausgestattete Haushalte davon profitieren. Renovierungen müssen für alle leistbar und gut durchführbar sein, einkommensschwache Haushalte müssen entlastet und Energiearmut verhindert werden. Der Ausbau öffentlicher und gemeinnütziger Energieversorger und öffentlicher Netzinfrastrukturen sowie eine radikale Verkehrswende, die ein Leben ohne den Zwang zum Auto ermöglicht, sind zentrale Eckpfeiler, um das zu erreichen. Die Neuausrichtung und der sozial gerechte Umbau (Just Transition) von einschlägigen und emissionsintensiven Sektoren wie Fahrzeugindustrie, Luftfahrt etc. muss pro-aktiv gestaltet werden, mit dem Ziel diese klima- und

zukunftsfit zu machen, Arbeitsplätze zu erhalten und Zukunftsperspektiven für betroffene Regionen zu entwickeln. Dafür müssen umfassende Ausstiegs- und Transformationskonzepte mit einer verpflichtenden Einbindung der Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen, sowie den Beschäftigten und weiteren Betroffenen entwickelt werden, die auch Weiterbildungs- und Umschulungsangebote beinhalten. Das gilt besonders für Regionen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt von emissionsintensiven Sektoren geprägt ist. Für diesen Umbau braucht es ebenso

öffentliche Mittel, die an klare, verbindliche Kriterien und Vereinbarungen für die betroffenen Konzerne und Unternehmen geknüpft sind. Zusätzlich zu den – noch immer zu wenigen – gesetzten und geplanten Maßnahmen der Regierung, muss deshalb ein weiteres **Klimaschutzpaket** geschnürt und ein **Transformationsfonds** eingerichtet werden. Teil des Klimaschutzpaktes muss das Auslaufen von klimaschädlichen Subventionen und eine sozial-ökologische Reform des Steuersystems sein, bei der entstehenden Mehrkosten für alle Haushalte mit einem Ökobonus rückvergütet werden.

5

REGIONALERE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE STÄRKEN – LOKALERE WERTSCHÖPFUNG ERMÖGLICHEN!

Klimafreundliches, ressourcenschonendes und versorgungssicheres Wirtschaften bedeutet Produktion und Handel so lokal wie möglich und so global wie nötig zu organisieren. Jene Güter und Dienstleistungen, die – neben den durch die öffentliche Daseinsvorsorge abgedeckten – besonders für unseren Alltag und unser tägliches Leben (Essen, Medikamente, Kleidung) oder die Herstellung, den Ausbau oder Erhalt von öffentlichen Infrastrukturen (Grundstoffe wie Stahl oder Zukunftstechnologien wie Photovoltaik, Batterien etc.) notwendig sind, müssen weiterhin oder wieder in Österreich bzw. der EU hergestellt werden. Um das zu erreichen, brauchen wir eine **österreichische und EU-weite Industriepolitik** mit dem Ziel, **Lieferketten zu verkürzen und Produktionskapazitäten auf- bzw. auszubauen**. Ebenso braucht es eine Abkehr von der industriellen Form der Landwirtschaft und ein Ende der Massentierhaltung. Industrieförderungen müssen genauso wie die Förderungen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik an hohe Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards geknüpft werden und die Umsetzung der Pariser

Klimaschutzziele unterstützen. Der Umbau unserer Wirtschaftsweise erfordert auch die Stärkung und Ausweitung von Wirtschaftsbereichen, die nach gemeinnützigen Kriterien organisiert sind und die stärkere Förderung von nicht-gewinnorientierten Unternehmensformen. Gemeinden, Städte und öffentliche Einrichtungen – von Universitäten über Krankenhäuser etc. – müssen die Spielräume der öffentlichen Beschaffung nutzen, um eine regionalere, umwelt- und klimafreundliche und geschlechtergerechte Wirtschaft und Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Es geht auch darum die EU-Beschaffungsregeln dahin gehend verändern. Und auf globaler Ebene müssen die Spielregeln für den globalen Handel verändert werden und verbindliche Lieferkettengesetze zur Einhaltung von Menschenrechten kommen, um die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu fördern und globalen Handel auf den Prinzipien von Kooperation und Solidarität neu zu organisieren. Außereuropäischem Sozial- und Umweltschutz ist durch Handelsschutzinstrumente zu begegnen.

30H ALS NEUE NORMALARBEITSZEIT – MEHR ZEIT FÜR ALLE ERMÖGLICHEN!

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze brauchen wir eine gerechtere Verteilung und Bewertung aller Arbeit und die Wertschätzung der Arbeit durch gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung. Um Frauen von unbezahlter Arbeit zu entlasten, sind kostenlose Betreuungs- und Bildungsplätze für alle Kinder sowie öffentliche Pflegeleistungen wesentlich, ebenso wie gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und eine geringere Gehaltsschere zwischen höchstem und niedrigstem Gehalt in Betrieben bzw. Branchen. Alle Arbeit gerecht verteilen schafft mehr Lebensqualität für alle. Das ist möglich, wenn wir die Normalarbeitszeit für **Lohnarbeit** in einem ersten Schritt **auf 30h reduzieren – bei vollem Personal- und Lohnausgleich** (jedenfalls für niedrige und mittlere Einkommen). Jene, die gegenwärtig in Kurzarbeit sind, könnten über dieses Modell in

die Arbeitszeitverkürzung einsteigen. Die leichtere Erreichbarkeit der Altersteilzeit ist ein weiterer Ansatz. Für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Schein-Selbständige braucht es stabile und gute Arbeitsverhältnisse auf der Basis von Kollektivverträgen; für Einzelunternehmer*innen existenzsichernde Einkommen. 30h als neue Normalarbeitszeit schafft in manchen Sektoren neue Arbeitsplätze, in anderen, wo durch Digitalisierung und Automatisierung oder der notwendigen Transformation zu einer emissionsarmen Wirtschaft Arbeitsplätze verloren gehen, bleiben mehr Menschen in Beschäftigung. Eine kürzere Normalarbeitszeit verringert auch die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum, das wir aus Klimaschutzgründen nicht mehr anstreben können.

Eine Initiative von:

